

# Kraformer Zeitung.

Nr. 137.

Montag den 19. Juni

1865.

Die „Kraformer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraform 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 3 Nkr., für jede weitere 2 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelde übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Juli d. J. beginnende neue Quartal der

## „Kraformer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1865 beträgt für Kraform 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Kraform mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Nr. 12877.

Der Gutsherr in Wróblowice (Kraformer Kreis) Ludwig Tabaczyński hat im Zwecke der Vollendung einer Pfarrschule in Wróblowice einen entsprechenden Bauplatz Nr. 9 im Flächeninhalt von 350 Quadr. Klafter abgetreten, 50 Stück Baustämme geschenkt und zur Schulbeheizung jährlich 2 Klafter Brennholz zugesichert.

Die Gemeinde Wróblowice dagegen hat sich verbindlich gemacht:

a) zum Unterhalt des Lehrers jährlich 130 fl. öst. Währ. beizutragen;

b) ein angemessenes Schulhaus zu erbauen, das selbe, so wie auch die anzuschaffenden Schuleinrichtungsgüter stets in gutem Stande zu erhalten und für die Schulüberlegung Sorge zu tragen;

c) zur Beheizung der Schule jährlich 4 Klafter Brennholz anzuschaffen und daselbe, sowie auch die von der Gutsherrschaft zugesicherten zwei Klafter unentgeltlich zu fallen und zuzuführen.

Diese anerkennenswerten, die Hebung der Volksbildung bezweckenden Leistungen werden hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Kraform, am 8. Juni 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Juni d. J. die Wahl Sr. k. k. Hofrathes des Herrn Grafen Stephan zum inländischen Ehrenmitgliede der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften allergnädigst zu genehmigen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Juni d. J. dem Ministerialsecretär des Polizeiministeriums Carl Ritter von Braulik in Anerkennung seiner lobenswerthen und treuen Dienstleistung den Titel und Charakter eines Sectionsrathes allergnädigst taxfrei zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. den k. k. Kammerer und bisherigen Ministerialsecretären bei den Vereinigten Staaten von Nord-America Ferdinand Freiherrn von Wodenbrun zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister daselbst allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. den bisherigen Legationssecretär Friedrich Golen von Bilat zum wirklichen Legationsrath und die Legationssecretäre Carl Pfusterschmid Ritter von Hartenstein und Carl Freiherrn von Bruck zu Honorar-Legationsrathen allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Juni d. J. die bisherigen Gesandtschaftsattachés Altgraf von Salm-Reifferscheid und Adalbert Prinz von Burg zum Honorar-Legationssecretären und den Conscripten Altgraf von Salm-Reifferscheid zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister daselbst allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Juni d. J. zu wirklichen Mitgliedern der Akademie für die mathematisch-naturwissenschaftliche Classe den Professor der Physik an der Universität und Director des physikalischen Instituts in Wien Dr. Joseph Stefan und den Vorstand des Hof-Mineralienkabinetts Dr. Moriz Hörnes allergnädigst zu ernennen und die von der Akademie getroffenen Wahlen Allerhöchste zu genehmigen geruht und zwar die Wahl: des Capitularprofessors des Stites Mayrners und mährisch-schlesischen Historiographen Dr. Beda Franz Dabik zum inländischen correspondirenden Mitgliede der philosophisch-historischen Classe; des Professors der Mineralogie und Geologie am polytechnischen Institute in Wien Dr. Ferdinand Ritter v. Sockletter, des k. k. Oberlieutenants und Commandanten des Artillerie-Commando's Nr. 17 in Wien Franz Ritter v. Uchacz, des Professors der Mineralogie an der Universität zu Prag Victor Ritter v. Zepharovich, des Professors und derzeit Directors des polytechnischen Instituts in Prag Carl Korzinka und des Inspectors der Staatstelegraphen in Wien Dr. Hermann Milliger zu inländischen correspondirenden Mitgliedern, ferner des kaiserlichen russischen Staatsrathes und Präsidenten der kaiserlichen Akademie in St. Petersburg Carl Graf v. Baer zum ausländischen Ehrenmitgliede und des Professors der Zoologie und vergleichenden Anatomie an der Universität zu München Dr. Carl Theodor v. Siebold zum ausländischen correspondirenden Mitgliede der mathematisch-naturwissenschaftlichen Classe der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Juni d. J. dem Finanzwachoberaufseher Ludwig Racheimayer in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr vollbrachten Rettung eines Menschenlebens das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraform, 19. Juni.

Der preussische Gesandte Baron Werther, schreibt der Wiener Brief-Corresp. der „Schles. Ztg.“, hatte am 15. wieder eine längere Besprechung mit dem Grafen Mensdorff. Wie wir vernehmen, wird in diesen Pöurparlers die Frage der Ständeeinberufung die fortgesetzten Bemühungen Preußens, die Parität der beiden Prätendenten durchzusetzen. Hier ist man indessen gegen dieses Streben Preußens sehr misstrauisch, weil man glaubt, daß es Herrn von Bismarck in erster Linie, und vielleicht allein nur, um die Entfernung des Herzogs von Augustenburg zu thun ist. Man fürchtet, daß, wenn es gelänge, den Herzog zu entfernen, es Preußen dann ein Leichtes wäre, tabula rasa zu machen und freien Spielraum für die Geltendmachung seiner eigenen Ansprüche zu gewinnen. Preußen scheint sich auf die Abmachung mit Oldenburg, die jedenfalls mit diesem neuen Streben im innigen Zusammenhange steht, zu stützen, und gerade deshalb kehrt man sich hier gegen dieses Arrangement selbst.

Einem Wiener Correspondent der „Böh.“ zufolge fehlt es nicht an Anzeichen, daß eine Krisis in der Herzogthümerfrage näher ist, als man im Allgemeinen geglaubt. Die Gebuld ist der österreichischen Politik bisher nicht ausgegangen; sie hatte und hat ein festes Ziel im Auge, und so lange sie noch irgend die Hoffnung sich erhalten konnte, es werde dieses Ziel auf dem eingeschlagenen Wege zu erreichen sein, hat sie sich durch keinerlei natürliche und künstliche Hindernisse beirren oder ermüden lassen. Aber es könnte der Fall eintreten, daß ihr endlich die Ueberzeugung aufgedrungen würde, es müsse ein anderer Weg aufgesucht und gefunden werden, und daß sie die Gewißheit erlangte, daß die bundesmäßige Lösung, welche sie anstrebt, unter allen Umständen nicht in den Intentionen der anderen theilnehmenden Factoren liege; und in demselben Augenblick, wo darüber kein Zweifel mehr möglich, würde ohne Zweifel die deutsche Bundesmacht Oesterreich der europäischen Großmacht Oesterreich Raum geben und diese, der bisherigen Rücksichten ledig, jene Lösung auf einer Basis und mit Mitteln in die Hand nehmen, welche mindestens jeder weiteren Verschleppung gründlich ein Ziel setzen. Vielleicht daß die Ereignisse sehr bald den Commentar zu diesen Andeutungen liefern.

Nach einer tel. Depesche der „Schles. Ztg.“ aus Wien, 16. d., verhorrescirt Oesterreich die von Preußen verlangte Entfernung des Augustenburger, sowie die Forderung der Parität der beiden Prätendenten.

In einem Wiener Blatt lesen wir: Die Voraussetzung, daß Oesterreich absolut nur die Augustenburgische Candidatur für zulässig erachtet, ist nicht richtig. Vielmehr, wenn Preußen offen und rückhaltlos in Wien mit dem Vorschlage hervorzutreten sich entschloße, den Herzog von Oldenburg als unabhängigen Souverän in den als selbstständigen Staat constituirten Herzogthümern einzusetzen, so dürfte schwerlich diese Proposition im österreichischen Cabinet auf Widerstand stoßen. Aber freilich müßte es sich um eine wirklich unabhängige Souveränität über einen in Wahrheit unabhängigen, den übrigen Bundesmitgliedern gleichberechtigten Staat handeln, nicht aber um die Gründung eines preussischen Vasallenstaates, dessen Existenz auf den Forderungen vom 22. Februar beruhen würde. Denn für Oesterreich ist und bleibt das Wichtigste die Unabhängigkeit der Herzogthümer; die dynastische Frage ist ihm das Untergeordnete.

Die „Neue Pr. Z.“ schreibt: Ueber die Verhandlungen zwischen Preußen und Oldenburg werden allerlei falsche Nachrichten verbreitet, so auch die, daß der Herzog von Oldenburg, gegen Abtretung seines jetzigen Landes an Preußen, die Herzogthümer mit voller Souveränität und ohne Uebernahme von speziellen Gegenverpflichtungen gegen den preussischen Staat erhalten solle. Es ist kaum nöthig zu bemerken, daß dies lediglich erfunden ist.

Die „N. A. Z.“ bezeichnet die Mittheilungen der bekanntlich der hannoverschen Regierung nahe stehenden „Deutschen Nordsee-Ztg.“ über die Verhandlungen mit dem Großherzog von Oldenburg in Berlin als wohlbegründet. Dieselben haben sich, dem genannten Blatt zufolge, darauf bezogen, eine gleichmäßige und völlig unparteiische Prüfung der Rechtsansprüche aller Prätendenten zu ermöglichen und die Zustimmung Preußens dazu zu erlangen, daß bei der Berufung der hollsteinischen Stände keine einseitige Parteilichkeit geduldet werde, d. h. der Erbprinz von Augustenburg bewogen werde, sich aus den Herzogthümern zu entfernen und alle betreffenden Einwohner des ihm geleisteten Eides zu entbinden.

Nach der „Kieler Z.“ hätte Herzog Friedrich auch dann nicht zum Verlassen des Landes sich bereit erklärt, wenn Oesterreich den gleichen Wunsch wie Preußen aussprechen würde.

Die Mittheilungen von einer nahe bevorstehenden definitiven Ueberfindung des Herzogs von Augustenburg nach Nienstedten entbehren, wie den „Speyerer Nachr.“ aus Kiel geschrieben wird, der Begründung. Die im herzoglichen Hausstande mit nächstem Monate eintretende Reduction ist eine sehr geringfügige. Daß der Herzog fortan häufiger und längere Zeit nach Nienstedten verreisen wird, liegt in der Natur der Sache, da in der dortigen Villa die Gemalin des Herzogs mit den Kindern demnächst ihren Wohnsitz nehmen wird.

Die „N. Frankf. Ztg.“ meint, in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit werde sich die Entwicklung der ganzen deutschen Frage vorziehen und vordringen lassen. Es gebe nur zwei Lösungen, nur zwei Endziele. Entweder geht Deutschland allmählig in Preußen unter, oder der deutsche Staatenbund wandelt sich in einen Bundesstaat um. Je länger der Kampf, den wir erleben, seine Dauer hinspinn, je fester Oesterreich am Widerstande gegen das Vorwärtsthum hält, desto besser gestalten sich die Aussichten für den Bundesstaat. Dem Herrn v. Bismarck würde zuletzt nichts übrig bleiben, als den Degen, an dessen Scheide er so lange schon schlägt, endlich zu ziehen. Hilfe gäbe es dann wohl auch noch in den Tuilerien; aber point d'argent, point de Suisses, Hilfe nur gegen baare Zahlung. Eine kleine Grenzregelung an der Saar, eine größere an der Sambre und Maas wäre dort nicht unbeliebt, und gegen die letztere „Entschädigung“ könnte man in Berlin um so weniger haben als ja ein Dritter sie zahlen müßte. Es heißt, eine jener hochgestellten Frauen, die ihren Lebenszweck im Anknüpfen und Ziechen von politischen Garnen suchen — die Königin eines nahen Landes arbeite allerhöchstthätig in diesem Sinne. Aber es ist dafür gesorgt, daß die Dämme nicht in den Himmel wachsen, und mancher Herrscher fühlt sich doch nicht von jenem Uebermuth beiseit, der einen Weltkrieg als einen üblichen Unterhaltungsstoff für gelangweilte Könige betrachtet.

Die Verhandlungen zwischen Florenz und Rom sind als gescheitert zu betrachten. Das Ereignis ist um so überraschender, je näher der Abschluß gewesen. Vor etwa fünf Wochen ließ die Nachsichtigkeit der Curie bezüglich einer großen Reihe von Punkten erwarten, daß der Rest keine bedeutenden Schwierigkeiten mehr bieten werde. Die Curie hatte bezüglich des Modus der Besetzung der Bischofsstühle der italienischen Regierung große Zugeständnisse gemacht, welche namentlich in die gleiche Behandlung aller Provinzen, auch der früher zum Kirchenstaate gehörigen, eingewilligt. Ueber die Namen der zu ernennenden Prälaten war man soweit einig geworden, daß von etwa 60 Bischofsstühlen man nur noch für zwei oder drei bezüglich des zu designirenden Inhabers auseinander ging. Auch die Frage der Unterdrückung gewisser Diöcesen konnte keine weitere Klippe finden, indem man auf beiden Seiten zu einem Compromiß neigte, dergestalt, daß die Reduktion der Diöcesen nicht auf einmal, sondern nach und nach in Folge des Ablebens der jetzigen Inhaber stattfinden sollte. So standen die Verhandlungen, als Begezzi Rom verlieh. Bei seiner Rückkehr eröffnete jedoch Begezzi in seiner ersten Audienz vom 8. d. dem Papste, nach reiflicher Erwägung sei die italienische Regierung der festen Ueberzeugung geworden, daß sie unter keinerlei Umständen den Bischöfen den Huldigungs Eid erlassen dürfe. Und daran schloß die Verständigung. Man mußte aber glauben zu erkennen, daß es sich hier nicht um eine bloße Formfrage, sondern um die Anerkennung Italiens handle.

Wie aus Florenz, 17. d., berichtet wird, erklärt ein Rundschreiben des Unterrichtsministers, die Regierung werde dem Parlamente in der nächsten Session den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der religiösen Körperschaften und die Umgestaltung des Schulwesens wieder vorlegen. Die Regierung wahrte ihr Recht der Ueberwachung der zu bischöflichen Seminarien gehörigen Elementarschulen.

Die Nachricht von Lord Palmerston's Rücktritt wird von allen conservativen englischen Blättern nachgedruckt, von den meisten liberalen dagegen ignoriert. Der Grund dieses Stillschweigens liegt auf der Hand. Lord Palmerston ist der Mittelpunkt der Partei, seinem Namen trauen die liberalen Candidaten bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen eine größere Anziehungskraft zu als hochtönenden Programmen, an denen es, nebenbei bemerkt, absolut fehlt. Deshalb erachtet „Morning Post“ es heute

für ihre Pflicht, zu erklären, daß an dem angeblich bevorstehenden Rücktritt Lord's Palmerston kein wahres Wort sei; daß es hoffentlich noch lange dauern werde, bis dieser Fall eintrete. Mit dem Allen ist aber vorerst nur das Eine bewiesen, daß Lord Palmerston seiner Partei das nicht geringe Opfer bringt, auf seinem Posten so lange als möglich auszuharren; jedenfalls bis die Wahlen vorüber sind, und wenn seine Kräfte es gestatten sollten, noch länger. Daß seine Geistes- und Körperkräfte so stark angegriffen seien, daß er sich unverzüglich zur Ruhe verdammen müsse, ist nirgend behauptet worden, wohl aber, daß er — obwohl im geselligen Verkehr noch immer heiter und anregend — die nöthige Kraft nicht mehr besitze, um bis weit nach Mitternacht im Parlamente auszuhalten und Tages über die verschiedenen zeitraubenden und beschwerlichen Pflichten seines Amtes erfüllen zu können. Diese Thaten lassen sich nicht wegleugnen.

Wie dem „Bund.“ aus Paris telegraphirt wird, hätte der russische Botschaftssecretär v. Balch, welcher von dem Untersuchungsrichter behufs Confrontation mit dem Lieutenant Nikitschenko und, um Zeugniß abzulegen, vorgeladen wurde, ohne dieser Vorladung nachzukommen, mit Genehmigung seines vorgesetzten chargé d'affaires Paris bereits verlassen. (Herr Balch ist bereits in Wien eingetroffen.)

Aus Paris schreibt man dem „N. Frbl.“: Kurz vor der Ankunft des Czaren Alexander II. von Rußland in Nizza richtete das französische Cabinet an den Fürsten Gortschakoff eine Note, in welcher die russische Regierung um Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der polnischen Angelegenheiten und über ihre Absichten ersucht wurde bezüglich der einseitigen Versicherung, daß nach der Wiederkehr der Ruhe und des Friedens im Königreich Polen die seinerzeit zurückgewiesenen historischen sechs Punkte der Westmächte Berücksichtigung finden würden. Diese Note ist bis zur Stunde nicht beantwortet worden.

Als eine indirecte Erwiderung betrachtete man in Paris das bekannte Belobungsschreiben des Czaren an den General Murawiew. Da nun dem Pariser Cabinet in Abwesenheit des russischen Botschafters von Paris die Gelegenheit zu Rücksprachen genommen ist und auch Baron D'Almeida's Berichte sich dahin aussprechen, daß seinen Anfragen nur ausweichende Phrasen entgegengekehrt worden, sah sich das Pariser Cabinet veranlaßt, nach Petersburg ein Monitorium abgehen zu lassen, welches sich durch seine bestimmte, den gegenwärtigen laun französisch-russischen Beziehungen entsprechende Formulierung auszeichnen soll.

Nach Berichten aus St. Petersburg antwortete der Kaiser der polnischen Deputation, welche ihm in Veranlassung des Todes des Thronfolgers eine Beileidsadresse überreicht hat, er glaube gern an die Aufrichtigkeit der in der Adresse ausgesprochenen Gefühle und wünsche, die Mehrheit der Polen möge dieselben theilen, dies würde die beste Garantie gegen die Wiederkehr der jüngsten Prüfungen sein. Uebermitteln Sie, schloß der Kaiser, meine Worte Ihren vertriebenen Landsleuten und wiederholen Sie denselben die Worte, welche ich bei meinem ersten Besuche in Warschau 1856 sprach: „Keine Trümmereien!“ Wäre dieser Rath befolgt worden, so wäre viel Unglück erparnt geblieben. Ich liebe gleichmäßig alle meine Unterthanen: die Russen, die Polen, die Finnländer, die Livländer; ich werde aber niemals die Idee einer Trennung des Königreichs Polen von Rußland dulden. Ich hoffe, der Thronfolger werde dieser Erbschaft würdig regieren und nicht dulden, was ich nicht dulde.

In Constantinopel ist von den Vertretern der Schutzmächte eine neue Conferenz über die Fragen der Donaufürstenthümer abgehalten worden, und zwar über die Verlegung der Capitulationen seitens des Fürsten Gusa, sowie über das Abkommen desselben mit der Societä generale wegen Bezahlung der Entschädigungen an die griechischen Klöster. Eine Entscheidung ward jedoch nicht getroffen, weil einigen der Vertreter die Instruktionen noch fehlten.

Bei den Differenzen zwischen der Türkei und Persien wird wahrscheinlich Frankreich wieder einmal die Rolle des Schiedsrichters übernehmen. Wenigstens hat der Schach von Persien der Pforte den Vorschlag gemacht, dem Kaiser Napoleon die Entscheidung der Streitigkeiten zu überlassen.

Die Räumung der Insel St. Domingo von den spanischen Truppen hatte am 18. v. Mts. ihren Anfang genommen.

Die Regierung Victor Emanuels hat ein Kriegsschiff in die Gewässer von Paraguay abgeandt, da dort mehrere Italiener nicht unbedeutenden Beschädigungen ausgesetzt wurden, ohne von der dortigen Regierung die entsprechende Vergütung erhalten zu können.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 17. d. (der letzten) die Verträge mit den Zollvereinsstaaten betreffend die Fortdauer des Zollvereins und die Handelsverträge mit Belgien und England ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Spanien wird in diesen Tagen unterzeichnet werden. Derselbe setzt eine bedeutende Ermäßigung des Tarifs für eine Reihe von Gegenständen fest. Dem Vertreter Frankreichs sind die betreffenden Vollmachten bereits zugesandt worden.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Aus der Debatte über den Bericht des Ausschusses, betreffend den von dem Abgeordneten Berger bezüglich des §. 13 der Verfassung gestellten Antrag auf authentische Erläuterung desselben haben wir noch die von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister abgegebene Erklärung nachzutragen.

Sr. Excellenz sprach: Es sei eine schwierige und undankbare Aufgabe, das Wort zu ergreifen und den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen, nachdem von allen Seiten das Wort ergriffen wurde, um sich für die Ausschuhsanträge zu erklären; es sei schwierig, gegen den Strom zu schwimmen. Die Aufgabe, die heute der Regierung geworden ist, nämlich auf ihren Standpunkt zu verbleiben und den Strömungen entgegenzutreten, sei eine solche, wie sie im Verfassungsleben nicht selten vorkommt. Wenn im §. 13 alles das läge, was hineingelegt wird und es wirklich das Kind wäre, das seine Mutter aufzuziehen im Stande ist, so würde Sr. Majestät der Kaiser demselben gewiß nie die Sanction erteilt haben. Diejenigen Männer, welche in der Lage waren, auf die Erläuterung der Grundgesetze Einfluß zu nehmen, waren alle davon durchdrungen, daß Oesterreich ein wahres Verfassungsleben haben und in die Reihe der Verfassungsstaaten treten müsse und heute noch würde die Regierung, wenn sie die Ueberzeugung hätte, daß §. 13 wirklich all die Gefahren enthalte, welche hinein decretirt werden, nicht antworten, Sr. Majestät eine Modification zu empfehlen, dazu würde es gewiß gar keines Mannesmutzes bedürfen, denn die Regierung habe die Ueberzeugung, Oesterreich könne seine Großmachtsstellung nur im constitutionellen Leben erhalten. Der Minister wirt hierauf einen Blick auf die letzten vier Jahre, um zu zeigen, in welcher Weise der §. 13 bisher gehandhabt wurde, um das Haus darüber zu beruhigen, daß es nicht geschehen werde, was man befürchte. Die Angaben des ersten Redners für die Ausschuhsanträge (Pratobevera) seien vielfach nicht richtig. Was die Finanzvorlage im engeren Reichsrathe betrifft, so sei damals gar nicht der §. 13 angewendet worden, sondern Sr. Majestät habe das, wozu er berechtigt gewesen wäre, nicht vorgekehrt, was auch in der a. h. Hofschacht ausdrücklich bemerkt wurde. Ebenso unrichtig sei der Hinweis auf die Vorlage der Staatsverträge (Elbe- und Scheldezoll) denn bei diesem handelte es sich nicht um eine nachträgliche Genehmigung. Das Recht, Staatsverträge abzuschließen, ist in allen constitutionellen Staaten Recht der Executive und sie sind nur in so weit, als sie die Finanzen und bestehenden Gesetze berühren, Gegenstand der Gesetzgebung und auch nur in dieser Beziehung sind diese Staatsverträge vorgelegt worden, weil sie die Finanzen des Staates berühren. Es könne daher nicht von einer Genehmigung der Staatsverträge die Rede sein. Zurückkommend auf das, was in den §. 13 hineingelegt werden will, müsse er sich die Frage vorlegen, ob die bisherige Behandlung der Geschäfte von Seite der Regierung es verdiene, daß mit so großem Mißtrauen gegen die Regierung vorgegangen wird. Er wolle auf jene Acte zurückkommen, welche Dr. Berger bei der Begründung seines Antrages vorbrachte. Der erste betraf das Gesetz über die Publication der Landesgesetze. Dieses Gesetz wurde erlassen zu einer Zeit als der Reichstag nicht versammelt war, wohl aber die Landtage und es sich darum handelte, die vor diesem beschlossenen Gesetze zu publiciren. Die Regierung mußte besorgen, wenn diese Frage auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst würde, daß in jedem Lande eine andere Art der Publication beschlossenen würde. Um dem entgegenzutreten und dem Bedürfnisse abzuhelfen, hat die Regierung sich veranlaßt gefunden, ein Gesetz zu erlassen, welches heute noch in Kraft besteht. Nachdem gegen dasselbe keine Beschwerde erhoben wurde, sei anzunehmen, es werde als zweckmäßig anerkannt. Ueber die Gesetze betreffend die Begünstigung der Bodencreditanstalten und die Preisgerichte glaubt der Minister unter Hinweis auf die im Hause bevorstehenden Verhandlungen sich nicht weiter aussprechen zu sollen. Eine Besprechung der Verbindung des Belagerungszustandes in Galizien sei um so weniger am Platze, als der Antragsteller selbst bemerkte, derselbe sei nicht nach §. 13 verhängt worden. Fasse man das Gesagte zusammen, so finde man, daß in den 4 Jahren des Bestehens der Verfassung im Ganzen 2 bis 3 Gesetze nach §. 13 erlassen wurden. Es dürfte daher die Versicherung der Regierung, daß sie wahrlich keinen Mißbrauch damit getrieben, als in der Wahrheit begründet sich zeigen.

Der Minister erklärt Namens der Regierung, daß sie nicht daran denke, an der Hand des §. 13 in umfassender Weise eine gesetzgebende Gewalt auszuüben, daß ihr nichts ferner liegt, als dieses und daß sie nie den Muth haben würde, an der Hand des §. 13 eine Aenderung der Verfassung in Vorschlag zu bringen. (Bravo!) Die Garantie gegen den Mißbrauch des §. 13 liege in den verfassungsmäßigen Zuständen, Dauer die Mitwirkung der Reichsvertretung gar nicht entbehren kann und daß jede Regierung, die verfassungsmäßig vorgehen will, immer bemüht sein muß,

sich in freundschaftlichem Einverständnis mit der Reichsvertretung zu befinden, daß wohl momentane Differenzen eintreten können, es aber jeder verfassungstreuen Regierung gelungen werde, die frühere Harmonie wiederherzustellen. Die wahre Garantie der Verfassung liege in dem wiederholt ausgesprochenen Worte des Kaisers. Wenn Sr. Majestät an der Spitze des Februar-Patentes die Erklärung abgibt, an der Verfassung festzuhalten und jeden Nachfolger hierzu verpflichten will, in gleicher Weise das Gelöbniß auf die Verfassung zu leisten, so liege darin die allerkräftigste Garantie. Nach dieser Erklärung befindet er sich nicht im Widerspruche mit jenen Anschauungen, die als in Ungarn und Siebenbürgen geltend, kundgegeben wurden. Die kaiserliche Regierung denke nicht daran, das Gesetzgebungsrecht dieser Länder dadurch zu beeinträchtigen, daß sie auf Grund des §. 13 Verordnungen erläßt, und daher mögen die Herren in Ungarn und Siebenbürgen darüber beruhigt sein, daß weder zur umfassenden Durchführung der Gesetzgebung noch zur Aenderung der Verfassung §. 13 je mißbraucht werden wird (Beifall).

Gleich nach Beendigung der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am 16. versammelte sich der Finanzausschuß zu einer Sitzung; das von dem Ausschuh zur Beratung der neuen Creditvorlage gewählte Subcomité suchte um eine Verstärkung der Zahl seiner Mitglieder an, und der Ausschuh wählte heute zu neuen Mitgliedern des Subcomités die Abgeordneten Pratobevera und Stummer.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 17. Juni.** Sr. Majestät der Kaiser haben auf der Reise von Wien nach Ischl am 15. d. um 9 Uhr Abends einz passirt und sind am folgenden Morgen um 2 Uhr in Ischl eingetroffen. Sr. Majestät trifft Mittwoch wieder hier ein.

Sr. Majestät der Kaiser Ferdinand haben der Freitischstiftung für Juristen in Prag den Betrag von 200 fl. zuzuwenden geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben zur Vertheilung an die 47 durch Feuer verunglückten Familien dem Vorstand Ludwigsthal in Pestwarden den Betrag von vierhundert Gulden zu spenden geruht.

Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie wird sich Ende dieses Monats zum Besuche des sächsischen Hofes nach Dresden begeben.

Der preussische Gesandte Baron Werther wird morgen nach Karlsbad abreißen.

Als Bewerber um den durch den Tod des Predigers Mannheimer in der hiesigen israelitischen Cultusgemeinde vacant gewordenen Predigerposten haben sich bisher erst zwei Candidaten gemeldet, und zwar: Dr. M. Kayserling, Rabbiner in Emdingen (Schweiz), ein Schwiegerjohn des Rabbiners Dr. Ludwig Philippsohn, und der Prediger der Lemberger Gemeinde, Dr. J. Löwenstein.

### Deutschland.

Die geschäftsleitende Commission des Sechs- und dreißiger Ausschusses hat am 10. d. eine weitere Unterstützung von 25,000 fl. an die Kriegsschädigten von Sonderburg verwilligt. Die Commission hat noch einen Restbetrag von etwa 50,000 fl. in Cassa.

Die Nachricht von der Verlobung der Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe mit dem Prinzen Wilhelm von Hanau, drittem Sohne des Kurfürsten von Hessen, wird von der „Hannov. Ztg.“ für unbegründet erklärt; die Verbindung sei wohl beabsichtigt; der Fürst aber habe seine Einwilligung nicht erteilt.

Aus Berlin, 16. Juni, wird gemeldet: Der König wird erst am 20. Juni nach Karlsbad abreißen. Dem Vernehmen nach wird ihm Herr v. Bismarck am 22. Juni dahin folgen. — Das Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung sämtliche Anträge der Budgetcommission mit großer Majorität an. Vor der Abstimmung erklärte der Finanzminister: Die Regierung erkenne die Budgetfrage als eine sehr ernste an. Da das Budget des Abgeordnetenhauses von Seite der Regierung unannehmbar sei, so müsse die Regierung eine Verwaltungsnorm feststellen, welche in Ermanglung eines Etatsgesetzes auch als Etat zu betrachten sei. Dasselbe werde auf Grund einer gemeinsamen Vereinbarung des Cabinets dem Könige zur Genehmigung vorgelegt und nach Sessionsschluss, wenn auch nicht in Gesetzesform, veröffentlicht werden können.

Der Schluß der Landtagsession in Preußen sollte vorgelesen erfolgen; möglich ist aber immerhin, daß, wenn das Abgeordnetenhaus nicht fertig wird, der Schluß erst Montag stattfindet. An eine Verständigung zwischen dem jetzigen Abgeordnetenhaus und der jetzigen Regierung ist nicht mehr zu denken und darum ist auch die Meinung allgemein, daß eine Wiedereinberufung des Abgeordnetenhauses in der gegenwärtigen Zusammensetzung nicht erfolgen werde. Die Wahlperiode der jetzigen Abgeordneten dauert bis zum Herbst 1866. Bis dahin erwartet man Neuwahlen.

Von der Insel Rügen geht der „Der. Zeitung“ von mehreren Seiten übereinstimmend die Nachricht zu, daß der Landrath des Kreises durch die Gendarmen die Ortschulzen dahin habe instruiren lassen, jedem Einwohner der Ortsschule bekannt zu machen, daß zu der Zeit, wo der König sich von Stralsund nach Stubbenammer begeben, sich niemand in Arbeitskleidern und mit Pantoffeln auf der Landstraße sehen lassen dürfe, sondern dessen gewärtig sein müsse, daß man ihn von der Straße entferne. In einigen Dörfern herrscht nämlich eine bittere Armuth.

### Frankreich.

**Paris, 16. Juni.** Der Kaiser wird die Ba-

der zu Bagnères de Luchon gebrauchen. — Prinz Napoleon ist bereits gänzlich hergestellt. — Duruy hat den Pariser Professoren die Abfassung einer kurzen Geschichte Algiers für den Schulgebrauch als Preisaufrage gestellt. Ueber die Kaiserreise nach Algier soll ein illustriertes Prachtwerk erscheinen. Seit den letzten Aufständen wurde die französische Armee in Algerien auf fünf Linienregimenter und drei leichte Infanterie-Regimenter vermindert, dagegen sollen die Araber mehr zum Dienste herangezogen und als Turcos und Zuaven verwendet werden. Bei der bevorstehenden administrativen und politischen Reorganisation der Colonie ist Abd-el-Kader eine Rolle zugesandt, wenn sein geschwächter Nervenzustand es erlaubt. — Der Kaiser hat für die erste Auflage des „Julius Cäsar“ 40,000 Francs eingenommen und 642,000 Frs. verausgabt. — An der Börse war das Gerücht stark verbreitet, daß Suarez auf der Flucht in Newyork angekommen sei.

Im Marineministerium werden die Vorarbeiten für die Abfertigung eines Geschwaders und den Transport von 20,000 Mann nach Mexico beschleunigt werden. Irrthümlich hieß es, General Bazaine habe 40,000 Mann Verstärkung verlangt. Er schrieb auch an seinen Neffen in Paris, er würde lieber zurückkehren, als sich an den zahlreichen Schwierigkeiten abnügen, wenn ihm nicht 40,000 Mann zur Verfügung gestellt werden. Eine Ergänzung von 3000 Mann und eine Verstärkung von 8000 Mann wurden ihm sogleich bewilligt. Indem der Kaiser jetzt den Nachschub auf 20,000 Mann erhöht, willfahrt er dem Verlangen des Marschalls, der bereits mehr als 25,000 Mann befehligt.

Der Abend-„Moniteur“ enthält folgende Note: „Das Gerücht hat sich verbreitet, daß in Algerien ein Duell zwischen dem Divisions-General Deligny und dem Brigade-General Legrand stattgefunden habe. Es würde hinreichen, die Stellung dieser beiden Generale zu einander in's Auge zu fassen, um die Idee eines Zweikampfes zurückzuweisen, der die Negation aller Disciplin sein würde. Die Depeschen und Journale aus Algerien schweigen gänzlich über eine so ernste Sache; man hat also das Recht zu behaupten, daß sie erfunden ist, und muß bedauern, daß die Nachrichten-Fabrikanten selbst die nicht respectiren, welche ihre hohe Stellung in der Armee gegen ihre Angriffe sicherstellen sollte.“ (Uns scheint dies kein vollständiges Dementi zu sein.)

### Spanien.

Ueber die Verschwörung in Valencia berichten spanische Blätter vom 11. d. M. Folgendes: Der Plan der Verschwörer war, sich der Person des General-Capitäns beim Herausgehen aus dem Theater zu bemächtigen, sofort San Francisco und die Eisenbahnstation zu besetzen, die Absehung der Dynastie und die Vereinigung Spaniens und Portugals zu verüben. Diese Truppen scheinen der Verschwörung ziemlich fremd gewesen zu sein. Als General Villalonga die compromittirten Officiere verhaften ließ, brachten die Soldaten Hochs auf die Königin aus. Das Geld, das zur Förderung der Bewegung dienen sollte, war von den Progressisten und Demokraten aufgebracht worden und zwar unter dem Vorwande, Ueberschwemmten Unterstützung zu gewähren. In der Kammer Sitzung vom 12. d. wurde die Regierung wegen der Vorfälle in Valencia interpellirt. Der Minister des Innern antwortete: daß er die bezüglichen Depeschen bereits dem Publicum in den Journalen mitgetheilt habe. Die Sache selbst beschränke sich auf Folgendes: Der Civil-Gouverneur habe dem General-Capitän Mittheilung von dem Bestehen eines Aufstandsplanes gemacht. Dieser habe sich nach der Caserne des Regiments Bourbon begeben, und daselbst den Oberst und andere Officiere gefunden, deren Anwesenheit aus dienstlichen Gründen nicht gerechtfertigt gewesen. Nach vorgenommenem Verhör habe er sie verhaften lassen. Alle Gouverneure haben Befehl erhalten, der Regierung zweimal des Tages Depeschen über die Stimmung und die Ruhe in ihren Districten einzusenden. Bis jetzt haben diese Depeschen noch nichts Beunruhigendes gemeldet.

Eine telegraphische Depesche aus Madrid meldet, daß der General Prim durch ein königliches Decret aufgefördert wird, sich in der spanischen Hauptstadt zu stellen. Es ist in der That etwas Auerhörtes, daß ein activer General seine Garnison und sein Vaterland verläßt, ohne seinem Vorgesetzten dies auch nur mit einem Worte anzuzeigen. Prim befand sich noch vor etwa zehn Tagen in Paris, wo er sich in keiner Weise bemühte, seine Anwesenheit geheim zu halten, später wurde er noch in Marseille gesehen und von da scheint er sich nach Italien begeben zu haben. Es heißt, daß die Mitschuld des Generals an dem Complot von Valencia unwiderleglich bewiesen ist. Ein ehemaliger Adjutant Prim's, Oberst Escalante, der zur Armee in Cuba bestimmt ist, hat Befehl bekommen, sich augenblicklich nach den canarischen Inseln zu begeben und dort den Dampfer nach Havannah abzuwarten.

Das Ministerium hat die Affaire von Valencia bereits dazu benützt, in den Cortes einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher die Aufhebung eines Paragraphen des Pressgesetzes verfügt, der die Präventivcensur und die Beschlagnahme abgeschafft hat.

### Großbritannien.

Der Herzog und die Herzogin von Brabant sind am 16. d. in London angekommen. Lord Russell bringt die Parlaments-Berichterstattung zur Verzeihung, er spricht mit jedem Tage undeutlicher, so daß er oft nicht in einer Entfernung von wenigen Schritten, geschweige denn auf der Journalisten-Tribüne verstanden wird. Die Stenographen halten, wenn er gesprochen hat eine Conclase ab, um ihre Notizen zu vergleichen. Lücken in ihren Einzelberichten auszufüllen, Schlechtverstandenes zu ergänzen. Manchmal gelingt es, manchmal auch nicht; schon fangen sie an, darüber öffentlich zu klagen und

jede Verantwortlichkeit betreffs ihrer Aufzeichnung Russell'scher Reden von sich abzulehnen. Die „Pall Mall Gazette“, welche die Berlegenheiten, die Lord Russell den Stenographen bereitet, sehr drastisch schildert, bemerkt u. A.: „Aus einer Reihe abgebrochener Sätze müssen sie eine Rede zusammenstellen, welche wenigstens den Schein des Zusammengehörigen hat. Von dem einen Satz müssen sie den Anfang, vom anderen das Ende, und wieder von einem anderen den Sinn geradezu errathen. Die Arbeit erfordert nicht weniger Mühe und Scharffinn als die Construction eines vorfindstlichen Knochengertippes aus wenigen vorgefundenen Knochen, als die Befestigung von Armen und Beinen für einen ausgegrabenen antiken Torso.“ Merkwürdiger Weise ist das Kunststück bisher fast immer gelungen aber mißlich bleibt immer die Undeutlichkeit seines Vortrags darum doch, und es sind Fälle denkbar, wo sie unangenehme Folgen haben könnte.

### Italien.

Das in Turin erscheinende Blatt „Cavour“ meldet die Ankunft eines Agenten von Suarez daselbst, welcher den Zweck hat, Garibaldinische Soldaten und Officiere nach Mexico zu engagiren. Die Führer der Actionspartei haben jedoch das Anerbieten abgelehnt.

Die Ueberführung der Regierung von Turin nach der toscanischen Hauptstadt hat in der Verwaltung Anlaß zu einem heillosen Chaos gegeben. Die mit Actenstücken und Documenten vollgepropten, den verschiedenen Ministerien gehörenden Kisten wurden bei ihrer Ankunft in Florenz größtentheils auf den Wiesenplätzen rings um den Bahnhof abgelagert und dort Tage und Wochen lang gelassen. Das mittlerweile eingetretene Regenwetter hat viele Aufschriften verwischt und so müssen jetzt die einzelnen Kisten auf gut Glück nach irgendeinem Ministerium gebracht und dort muß der Inhalt sorgfältig untersucht werden, ehe er definitiv an seinen Bestimmungsort gelangen kann. In viele Kisten ist das Regenwasser eingedrungen und hat die Schriften theils unleserlich gemacht, theils gänzlich vernichtet. Die Folgen lassen sich leicht ermessen und dürften vielen Leuten sehr unangenehm sein.

In Neapel fand während der Frohnleichnam's-Procession in den an die Kathedrale sich anschließenden Straßen ein Auflauf von etwa 400 „Bourbonisten und Clericalen“, unter dem Rufe: „Es lebe die Religion, es lebe Christus! statt. Sie und mit ihnen einige Priester wurden vom Volke mit Stöcken verfolgt und in die Flucht gejaagt. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Die Journale sprechen sich für die Nothwendigkeit der Unterjagung der Processionen außerhalb der Kirche aus.

### Rußland.

Wie der „Nstee-Ztg.“ von der polnischen Gränze geschrieben wird, ist in letzter Zeit wieder eine Anzahl Polen, welche als Verbannte in Sibirien leben, beurlaubt worden und zur Rückkehr nach der Heimath ermächtigt worden. Auch für die im Ausland lebenden Emigranten sind die Bedingungen der Rückkehr in die Heimath, wenn auch nicht erleichtert, so doch in der Weise genauer bestimmt worden, daß derjenige, der sich diesen Bedingungen unterwirft, mit größter Sicherheit ins Land zurückkehren kann. Wie man hört, beabsichtigt die russische Regierung binnen kurzem eine unbedingte Amnestie zu erlassen, welche zwei Kategorien von Emigranten umfassen soll: 1) diejenigen, welche noch nicht das 20. Lebensjahr überschritten haben; 2) diejenigen, welche sich nur am Aufstande, nicht aber an der Nationalorganisation betheiligte und kein gemeinsames Verbrechen, wie Mord gegen Wehrlose, Raub, Unterschlagung u. i. w. begangen haben.

Angeblich aus Tiflis vom 7. Mai wird über eine Schlappe berichtet, welche die Russen in Binnenasien erlitten haben sollen. Nach einem beinahe 21 tägigen Marsche wäre General Endofimon bis vor die Thore von Tschimkend im Khanate von Khotand gelangt und hätte versucht, sich des Platzes zu bemächtigen, um von dort aus gegen Tashkend zu operiren. Es zeigte sich jedoch, daß die Stadt, in welcher sich der Regent von Khotand, der Emir Mera-Alli-Khanli, an der Spitze einer starken Streitmacht befand, in so gutem Vertheidigungsstande war, daß an die Einnahme nicht zu denken war. Statt eines Angriffes auf den Platz kam es zu einer blutigen offenen Feldschlacht, in welcher die Russen unterlagen und in deren Folge sie sich zum eiligen Rückzuge nach Gochschah Ahmed genöthigt sahen. Der Verlust ihrer Segner an Todten und Verwundeten betrug etwa 1000 Mann, während ihr eigener sich dem Vernehmen nach auf das Bierfache belief. (Russische Berichte neuesten Datums wissen nichts von dieser Niederlage. Tschimkend ist übrigens schon lange in den Händen der Russen, und diese sind von dort nach Tashkend vorgerückt, um die Bewegungen des Khans von Bucharra zu beobachten, der in Khotand eingefallen ist. Der Regent von Khotand, Mulla Altimul, ist nach diesen Berichten übrigens vor dem Khan von Bucharra in die Gebirge entflohen.)

### Amerika.

Nach Berichten aus New-York, 3. Juni, wird die Frage wegen Ertheilung des Stimmrechtes an die Schwarzen fortwährend mit Eifer erörtert. Wendell Phillips hat in einer Versammlung die Ueberzeugung ausgesprochen, daß eine Reorganisation der Republik ohne Stimmberichtigung der Schwarzen einer Unterwerfung unter den Süden und einem Verrath an dem Norden gleichkomme. Er drang auf Nichtanerkennung der Kriegsschuld (!) und erklärte am Schluß, daß Jeder, der den Reconstructionsplan Nord-Carolina's wie er vom Präsidenten Johnson angegeben worden, unterstütze, ein Speichelsteker von Davis sei. Mr. Sumner hat seinerseits ein Schreiben an die Farbigten von Nord-Carolina gerichtet, in welchem er sie auffordert, auf den ihnen als Staatsbürgern gebührenden Rechten und Privilegien zu bestehen. Wer ihnen diese raube, sei ein Betrüger und Ufurpator. Im Senate der Legislatur von Tennessee ist eine Bill durchgegangen, kraft welcher nur weiße Bürger



Kundmachung. (571. 2)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. kais. kön. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt über den von der k. k. Staatsanwaltschaft, in Berücksichtigung der Bitte des Herausgebers Verlegers und Redacteurs der Wochenchrift: „Kufuk“ Theodor Scheibe, und der zur Unterstützung dieser Bitte geltend gemachten Gründe, gestellten Antrag, unter gleichzeitiger Einstellung des Untersuchungsverfahrens, daß der Inhalt des Auftrages: „Ballade“ in der Nummer 15 der Wochenchrift: „Kufuk“, vom 30. Mai 1865 das Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit nach § 516 St. G. B. begründe und verbindet damit auf Grund des § 16 des Strafverfahrens in Preßsachen und des § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Gleichzeitig wird auf Grund des § 37 P. G. verordnet, die mit Beschlag belegten Exemplare der erwähnten Zeitungsnunmer zu vernichten.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen. Wien, am 9. Juni 1865.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident: Bojchan m. p. Der k. k. Rathsecretär: Thallinger m. p.

3. 15857. Kundmachung. (563. 3)

In der ersten Hälfte des Monats Mai l. J. ist die Kinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 2 Ortschaften, Winniki Zolkiewer und Czernelice Kolomeaer Kreises erfolgten dagegen in der Kreisstadt Zolkiew, in Budzanow und Rosochac des Czortkower und Dobrowlany des Strzyer Kreises ausgebrochen.

Es werden im Ganzen noch 8 Seuchenorte im Ausweise geführt, und zwar 5 im Czortkower, 2 im Strzyer und 1 im Zolkiewer Kreise.

Diese Mittheilung der Lemberger k. k. Statthalterei wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, 7. Juni 1865.

3. 4671. Kundmachung. (570. 2-3)

Zur Verpachtung der Czchower städtischen Propinationsgerechtsame für die Dauer vom 1. November 1865 bis Ende December 1868 wird am 4. Juli l. J. um 9 Uhr Vormittags in der Czchower Kämmerer-Kanzlei eine öffentliche Licitation stattfinden.

Der Fiskalpreis beträgt 545 fl. ö. W. jährlich, und das vor der Licitation zu erlegende Badium 10% des Fiskalpreises.

Die Licitationsbedingungen können vor und am Licitationstermine in der Czchower Kämmerer-Kanzlei eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde. Krakau, am 12. Juni 1865.

Nr. 4671. Kundmachung. (569. 2-3)

Zur Verpachtung der Czchower städtischen Stand- und Marktgeldegefälle für die Dauer vom 1. November 1865 bis Ende December 1868 wird am 5. Juli l. J. um 9 Uhr Vormittags in der Czchower Stadt-Kämmerer-Kanzlei eine öffentliche Licitation stattfinden.

Der Fiskalpreis beträgt 226 fl. ö. W. jährlich und das vor der Licitation zu erlegende Badium 10% des Fiskalpreises.

Die Licitationsbedingungen können vor und am Licitationstermine in der Czchower Stadt-Kämmerer-Kanzlei eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde. Krakau, am 12. Juni 1865.

N. 25713. Ankündigung. (568. 2-3)

An den ostgalizischen k. k. Gymnasien kommen mehrere philologische Lehrstellen, mit welchen ein Gehalt jährlicher 735 fl. ö. W. mit dem Rechte der Vorrückung in die höhere Gehaltsstufe jährlicher 840 fl. ö. W. und dem systemmäßigen Ansprüche auf Dezzennalzulagen verbunden ist, zur Besetzung.

Für diese Stellen wird die Befähigung zum Lehramte der classischen Philologie nach den Bestimmungen des Prüfungsgesetzes für das Gymnasiallehramt (§ 5, Punct 1, lit. a oder c) erforderliche.

Kur Besetzung dieser Lehrstellen wird der Concurs bis 15. Juli l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diese Dienstposten haben ihre an das hohe k. k. Staatsministerium gerichteten Gesuche innerhalb der Concursfrist bei der k. k. galizischen Statthalterei unmittelbar, oder wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, mittelst der vorgesetzten Behörde unter Nachweisung ihrer Studien, so wie der erlangten Lehrbefähigung und der Kenntniß der Landesprachen zu überreichen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 12. Mai 1865.

N. 10783. Edykt. (567. 3)

C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Franciszka Gostkowskiego, Zofia Gostkowska, Kazimierza Gostkowskiego, Barbare Gostkowskich Kowalewską i Marcyannę z Gostkowskich Kowalewską, a w razie ich śmierci i ich niewiadomych spadkobierców, że przeciw nim p. Maryanna z Strawińskich Expenerowa pod dniem 2 czerwca 1865 do l. 10783 wniosła pozew, z prośbą o amortyzacyą skryptu przez Franciszka Gostkow-

skiego i Zofia Gostkowską dnia 21 września 1807 na sumę 20000 zlp. na rzecz Maryanny, Piotra, Teofili i Joanny Strawińskich wystawionego. — W skutek tego w załatwieniu tegoż pozwu termin do oświadczenia się, czyli przeciw tej amortyzacyi strony nie mają do zarzucenia, na dzień 6 września 1865 o godzinie 10 rano wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu powyższych wiadomem nie jest, przeto ces. król. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego advok. p. Dra. Rydzowskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwany, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sami stanęli lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisać musieliby. Kraków, 6 czerwca 1865.

N. 6402. Obwieszczenie. (566. 3)

Ces. król. Sad obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pod dniem 2 maja 1865 do l. 6402 p. Krystyna z Trylskich Wesolowska przeciw Franciszkowi Lechowskiemu, Zuzannie Lechowskiej, Marcinowi Lechowskiemu, Franciszce Boisse i małoletniej Annie Resich przez ojca N. Resich, a w razie ich śmierci przeciw spadkobiercom onychże i prawonabywcom o zapłacenie sum 3070 zlr. m. k. oblig. indemn. z przyn., 316 zlr. 82 kr. z przyn., 601 zlr. 44 kr. m. k. oblig. ind. z przyn. i 980 zlr. w. a. z przyn. z masy spadkowej Stanisława Waguzy skargę wniosła i o pomoc sądową prosiła, w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 10 sierpnia 1865 o godzinie 10 zrana oznaczonym został.

Ponieważ pobyt zapozwanych Sądowi wiadomym nie jest, przernaczył tutejszy Sad dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego advokata p. Dra. Bandrowskiego z substytucyą p. advokata P. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tyż edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczey z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieliby.

Z rady c. k. Sadu obwodowego. Tarnów, 17 maja 1865.

Nr. 6501. Concurs-Ausschreibung. (562. 3)

Für die am Czernowitzer k. k. Gymnasium mit Erlaß des hohen k. k. Staatsministeriums vom 12. d. M. 3. 4297 G. U. auf die Dauer des Bedarfes bewilligten vier Parallelklassen kommen mit Beginn d. 1. September 1865 vier Lehrstellen extra statum mit den an diesem Gymnasium bestehenden Gehalten von 945 fl. und 1050 fl. zu besetzen, und zwar:

- 1. Zwei Lehrstellen für Latein und Griechisch mit der Befähigung fürs ganze Gymnasium;
2. Eine Stelle für Geographie und Geschichte und
3. Eine Stelle für Mathematik und Physik; beide letzteren gleichfalls für das ganze Gymnasium.

Der Termin zur Bewerbung um diese Stellen wird bis Ende Juni 1865 hiemit ausgeschrieben und haben bis dahin jene Candidaten, welche eine derselben zu erlangen wünschen und ihre Lehrbefähigung nach Maßgabe der Vorschrift über die Prüfung der Candidaten des Gymnasiallehramtes § 5, 1, lit. a. beziehungsweise b. und c. nachzuweisen vermögen, ihre dießfälligen wohl instruirten Gesuche, falls sie bereits in einer öffentlichen Bedienstung stehen, im Wege ihrer vorgesetzten Behörde, sonst aber unmittelbar bei der Bukowinaer k. k. Landesbehörde in Czernowitz einzubringen.

Von der k. k. Bukowinaer Landesbehörde. Czernowitz, am 25. Mai 1865.

N. 2295. Licitations-Ankündigung (559. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Litzki wird bekannt gemacht, daß zur Befriedigung der Forderung des Moses Nichtenhausner im Betrage pr. 175 flpol., 58 flp. 10 gr., 10 fl. 20 fr., 15 fl. 8 fr., 2 fl. und 7 fl. 61 fr. öst. Währ. die öffentliche Feilbietung der dem Johann und Florentine Niunkiewicz gehörigen sieben vierundzwanzigstel Theile der Polwies Zwierzyniec sub Nr. 64 Gm. VIII. gelegenen Realität bestehend aus einem gemauerten Hause sammt Garten beim hiesigen Gerichte am 28. Juni, 2. August und 4. September 1865, jedesmal um 10 Uhr Vormittags angefangen, abgehalten werden wird. Als Ausruferpreis wird bestimmt der Betrag pr. 434 fl. 17 1/2 kr. ö. W. Unter diesem Preise können die obbezeichneten Theile dieser Realität erst am 3. Termine

verkauft werden. Das zuerlegende Badium beträgt 44 fl. ö. W. Die übrigen Bedingungen dieser Licitation können die Kaufstüctigen in der hiesigen Gerichtskanzlei einsehen, oder in Abschrift nehmen. Für den seines Wohnortes unbekanntem Anton Niunkiewicz, ferner für diejenigen Gläubiger, welche nach dem 29. April 1864 in die Hypothek der Realität sub Nr. 64 Gm. VIII. Zwierzyniec gelangten, oder welchen der Licitationsbescheid nicht frühzeitig, oder gar nicht zugeföhrt wurde, wird als Curator der k. k. Notar Hr. Apollinar Horwath aus Chrzanow ernannt. Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte. Litzki, den 15. Mai 1865.

Obwieszczenie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sad w Litzkach podaje do powszechnej wiadomości, iż celem zaspokojenia nalezytości Mojzesza Nichtenhausera od Jana i Florentyny Niunkiewiczów w kwocie 175 zlp. z procentami po 5%, od dnia 9 marca 1860 bieżącymi, tudzież kwoty 58 zlp., daley kwoty 10 zlr. 20-kr. w. a. narezcznie kosztów egzekucyjnych w kwotach 15 zlr. 8 kr., 2 zlr. i 7 zlr. 61 kr. a. w. sprzedaż przymusowa przez publiczną licytacyą siedm dwuziestuczwartych częściach realności w gm. VIII. okrekowej Zwierzyniec pod l. 64 w Pólwsiu Zwierzynieckim położonej, Jana i Florentyny Niunkiewiczów własnych, w ks. głównej gm. VIII Zwierzyniec vol. nov. 2, pag. 932, n. 1 haer. zapisanej, składającej się z domu murowanego z ogródkiem przy rogatce Zwierzynieckiej dozwołoną została i w dniach 28 czerwca, 2 sierpnia i 4 września 1865, każda razą o godzinie 10 zrana odbywać się będzie. Cena wywołania jest kwota 434 zlr. 17 1/2 kr. a. w. ustanowiona. Niżej tej ceny rzeczona część tej realności tylko na trzecim terminie sprzedana być może. Przedpłata wynosi 44 zlr. Inne warunki, akt licytacyi i akt sądowego oszacowania mogą chęć kupienia mający w kancelaryi sądowej przejrzeć, lub powziąć z nich odpisy. Dla Antoniego Niunkiewicza z miejsca pobytu niewiadomego, tudzież dla wierzycieli, którzy pod dniem 29 kwietnia 1864 do hipoteki realności pod l. 64 gm. VIII Zwierzyniec weszli, lub którymby uchwała licytacyą rozpisująca wczas lub wcale nie została doręczoną, ustanawia się kuratora w osobie c. k. notaryusza p. Apolinara Horwatha w Chrzanowie. C. k. Urząd powiatowy jako Sad. Litzki, 15 maja 1865.

3. 6658. Kundmachung. (564. 3)

Die für 16. Juni d. J. bestimmt gewesene Activirung der Postexpedition in Litzki und Brzeznica muß eingetretener Hindernisse wegen vorläufig unterbleiben.

Von der k. k. galiz. Postdirection. Lemberg, 13. Juni 1865.

Nr. 4580. Edict. (556. 2-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Teschen wird hiemit bekannt gemacht, es habe Herr Dr. Rössler m. noe der Frau Marie Leschner wider Herrn Carl Grafen von Bobrowski, Frau Therese Gräfin Bobrowska und Hrn. Joseph Beil pcto. idungir. Wechselsumme pr. 2000 fl. ö. W. c. s. c. sub pr. 7. Juni 1865 eine Klage überreicht, und ein gerichtliches Erkenntnis hierüber gebeten, in Folge dessen wider Hrn. Carl Grafen v. Bobrowski, Fr. Therese Gräfin Bobrowska und Hrn. Joseph Beil auf die Zahlungsanslage ddo. 9. Juni 1865 3. 4580 h. erlassen wurde.

Nachdem dem k. k. Kreis-Gerichte der gegenwärtige Aufenthalt der Beklagten nicht bekannt ist, und dieselben sich möglicherweise außerhalb der k. k. Kronländer befinden, hat dasselbe auf Kosten und Gefahr des Letzteren den mährisch-schlesischen Landes-Advocaten Hrn. Dr. Schuster zu ihrem Curator bestellt, mit welchem diese Rechtsache dem Gesetze gemäß verhandelt und hiernach entschieden werden wird.

Herr Graf Carl v. Bobrowski, Frau Gräfin Therese v. Bobrowska und Herr Joseph Beil werden daher hievon mittelst dieses Edictes zu dem Ende in Kenntniß gesetzt, daß sie entweder rechtzeitig selbst erscheinen, oder dem bestellten Herrn Curator ihre Rechtsbehalte an die Hand geben, oder aber sich einen anderen Sachwalter bestellen und diesem Gerichte namhaft machen, überhaupt alles vorsehen, was dieselben zur Wahrung ihrer Rechte notwendig erachten, weil sie sonst die Folgen ihres Versäumnisses sich selbst zuschreiben haben würden. Teschen, 9. Juni 1865.

L. 2430. E d y k t. (565. 2-3)

C. k. Sad powiatowy w Milówce, obwodzie Wadowickim czyni wiadomo, że dnia 24 marca 1836 roku umarł w Ryccerze dólney bez rozporządzenia ostatniej woli Wawrzyniec Paciorek.

Ponieważ miejsce pobytu jego córek Anny wdowy po Piotrze Paciorcu i Barbary Paciorkowej Sądowi nie jest wiadome, przeto wzywa się je, ażeby w przeciągu jednego roku od niniejszej daty licząc, do tutejszego Sadu się zgłoszily i oświadczenie do spadku złożyły, w przeciwnym bowiem razie spadek ze zgłaszającymi się spadkobiercami i ustanowionym kuratorem Marcinem Paciorkiem przeprowadzonym będzie. Milówka, 24 grudnia 1864.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Tag, Stunde, Barom.-Höhe auf n. Paris, Linie n. Meerum. red., Tempereatur nach Reaumur, Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Abänderung d. Wärme im Laufe des Tages. Rows for dates 18, 19, 20.

Gänzlicher Ausverkauf von Gold- und Silberwaaren, so wie Bijouterien zu Fabrikspreisen findet statt bei M. Fröhlich in Krakau, (573. 1-5) Großer Ring Nr. 43.

Wiener Börse-Bericht vom 17. Juni.

Table with 4 columns: A. Des Staates, B. Der Kronländer, Grundentlastungs-Obligationen, Actien (pr. St.). Rows for various securities and bonds.

Table with 4 columns: Pfandbriefe. Rows for Nationalbank, Credit-Anstalt, etc.

Table with 4 columns: Rote. Rows for Credit-Anstalt, Donau-Dampfschiffahrt, etc.

Table with 4 columns: Wechsel, 3 Monate. Rows for Augsburg, Frankfurt, Hamburg, London, Paris.

Table with 4 columns: Cours der Geldsorten. Rows for Kaiserliche Münz-Dufaten, Krone, 20 Francstücke, Russische Imperiale, Silber.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Table with 4 columns: Abgang, Ankunft. Rows for Krakau, Breslau, Wien, etc.